

Terrorismusbekämpfung oder Ressourcensicherung: Afrika im Visier der USA.

1. Vorbemerkung.

Die Rolle der knapp werdenden Kohlenwasserstoffe geriet 2008 und zu Beginn des Jahres 2009 in die Schlagzeilen durch den Krieg in Georgien und durch die Krise der Gaszufuhr nach Europa über die Ukraine. Im ersten Falle löste der Angriff Georgiens auf das teilautonome Südossetien eine heftige militärische Reaktion Russlands aus, das seinerseits das Kernland Georgiens angriff. Wie in einem Brennglas zeigten sich hier die geostrategischen Interessen der großen Mächte: Während die NATO mit ihren Erweiterungsplänen, die eine Mitgliedschaft Georgiens (und der Ukraine) vorsehen, sich immer weiter gegen Russland vorschiebt, artikulierte die EU hier eigene Interessen, indem sie sich – trotz der NATO-Mitgliedschaft fast aller ihrer Mitglieder – als Vermittler betätigte. Der Hintergrund ist, dass Georgien gewissermaßen das Nadelöhr der Kohlenwasserstoffzufuhr aus dem Kaspischen Becken, aber z. T. auch aus dem Iran darstellt: Von Georgien nehmen zwei riesige Pipeline-Projekte ihren Ausgang, die beide – mit unterschiedlicher Trassenführung – nach Österreich und in die Tschechei führen sollen. Das erste Projekt, die russische *Southstream* soll von Baku über Tiflis (Tbilissi) über Südossetien nach Russland geführt werden, von dort durch das Schwarze Meer nach Varna in Bulgarien und weiter durch Serbien, Ungarn und Slowenien nach Wien und Prag. In Konkurrenz hierzu steht das Projekt der EU *Nabucco*: Diese Pipeline nimmt ihren Ausgangspunkt gleichfalls in Baku und Tiflis, verläuft dann aber südlich durch die Türkei nach Bulgarien und führt dann unter Umgehung des serbischen Territoriums weiter über Budapest nach Wien und Prag. Welches der beiden Projekte den Wettlauf gewinnen wird, ist offen: Die russische Gazprom hat bereits einen Liefervertrag mit Italien, die EU ist dabei, die gigantischen Finanzmittel für ihr Projekt bereit zu stellen. Noch deutlicher zeigten die Auseinandersetzungen um die Durchleitung von Erdgas durch die Ukraine. Vordergründig ging es bei dem Streit um die Bezahlung von Erdgas(-schulden) der Ukraine an Russland. Ob nun Russland seine Lieferungen einstellte

oder die Ukraine die Weiterleitung vor allem nach Südost-Europa blockierte, dürfte schwer zu klären sein und spielt hier keine Rolle. Festzuhalten ist: Territorialität und damit verbunden die Kontrolle über die Pipelines ist inzwischen mindestens ebenso wichtig wie die Kontrolle der Förderstätten, genau wie der Leiter des Kaukasus-Instituts der Johns-Hopkins-University, Frederick Starr, erklärte: „Wer bestimmen kann, wie die Pipeline-Karte aussieht, wird die Zukunft eines riesigen Teils der Welt bestimmen.“ (<http://www.uni-kassel.de/fb5/frieden/regionen/Kaukasus/pipeline.html> [15-09-08]).

In diesem Zusammenhang ist zu berücksichtigen, dass *peak oil*, der Höhepunkt der möglichen Öl- und Gasproduktion unmittelbar bevorsteht oder sogar schon überschritten ist, ist inzwischen eine Banalität (Altvater 2006, Schmitt, 2006, Zumach 2005). Die Rivalität um diesen zentralen Rohstoff wird verschärft durch die rasante Entwicklung Chinas und Indiens und deren Aufstieg zu industriellen Großmächten. Der von der US-Administration erklärte „Krieg gegen den Terror“, so die hier vertretene These, verfolgt in Wirklichkeit harte Ziele im Bereich der Energiesicherung:

Die Kriege in Afghanistan und Irak und der mögliche Krieg gegen den Iran schließen die Landbrücke zum kaspischen Becken. Sowohl die EU (European Union Institute 2003) wie auch die Bundesrepublik Deutschland (Bundesministerium der Verteidigung 2006: 9) haben in dieser Welt der neuen Rivalitäten ihre Ansprüche auf militärische Sicherung der Rohstoffzufuhr angemeldet. So gut wie unbemerkt finden jenseits der blutigen Ereignisse in Irak und Afghanistan strategische Sicherungsmaßnahmen der Kohlenwasserstoffvorräte auch in Afrika statt, dessen Sahel-Region von den USA als Teil des „Greater Middle East“ angesehen wird, wie der US-Botschafter in Algier kürzlich in einem Interview erklärte (Liberté, 14. Sept. 2006). Die USA haben im Jahre 2003 die „Pan Sahel Initiative“ in Leben gerufen, die unter Bezugnahme auf den „Krieg gegen den Terror“ ein umfassendes militärisches Unterstützungsprogramm und den Ausbau militärischer US-Präsenz von Somalia und Äthiopien über den gesamten nordafrikanischen und Sahelraum, bis zum Golf von Guinea zum Ziel hat (<http://www.state.gov/documents/organization/31936.pdf>, vgl. auch <http://www.state.gov/t/pm/rls/rpt/fmtrpt/2006/74682.htm>) beide abgerufen 27. Dez. 2006). Hierzu bedarf es der Unterstützung durch „freundliche“ Regierungen. Algerien

scheint sich zur Drehscheibe dieser Strategie für den nordafrikanischen und den Sahel-Raum zu entwickeln.

2. Algerien: Vom politischen Nutzen des Terrorismus.

Die Demokratische Volksrepublik Algerien, so bis heute die offizielle Bezeichnung des Staates, galt zumindest bis zur Wandlung des Internationalen Systems in den Jahren 1990/91 als sozialistischer Staat, der enge Beziehungen zur Sowjetunion unterhielt und deshalb vom Westen eher distanziert behandelt wurde. Diese schematische Einordnung war Folge der (durchaus relativen) politischen Unterstützung, die der algerische Befreiungskampf durch die Staaten des „realsozialistischen“ Lagers erfahren hatte und der außenpolitischen Orientierung in den ersten Jahren der Unabhängigkeit: So erkannte Algerien beispielsweise 1963 die DDR an, was gemäß der Hallstein-Doktrin den Abbruch der diplomatischen Beziehungen seitens der BRD zur Folge hatte. Die Außenbeziehungen Algeriens zu Frankreich sind bis heute belastet von der kolonialen Vergangenheit des vormals französischen Territoriums. Für Frankreich selbst bleibt Algerien ein mit Emotionen und Nostalgien behafteter Begriff.¹ Die Führung in Algier setzte bereits seit Mitte der 80er Jahre pragmatisch auf die Entwicklung einer transatlantischen Achse mit Washington. Aufbauend auf Algeriens Kohlenwasserstoffexport und dem Ausbau der Petro-Industrie verspricht sie dem Regime in Algier vor allem seit dem Putsch von 1992, unmittelbar nach Ende des Ost-West-Konflikts, mehr und verlässlichere Rückendeckung als die mit Ambivalenzen behafteten Beziehungen mit Frankreich und Europa.

Der Militärputsch vom 11. Januar 1992, mit dem die ersten demokratischen Parlamentswahlen in Algerien ein jähes Ende fanden, stellte Frankreich und Europa vor ein Problem: Einerseits wurde der Putsch mit einer gewissen Erleichterung zur Kenntnis genommen, wurden doch Domino-Effekte für das Anwachsen islamistischer Bewegungen im Maghreb und darüber hinaus befürchtet. Andererseits konnten die

¹ So beschloss die französische Nationalversammlung am 23. Februar 2005 ein Gesetz, demzufolge im Schulunterricht insbesondere „die positive Rolle der französischen Präsenz in Übersee, insbesondere in Nordafrika“ hervorgehoben werden sollte. Zur umfassenden Kritik der französischen Erinnerungspolitik. S. Romain 2006.

europäischen Regierungen, die gerade in ihrer Mittelmeerpolitik immer wieder auf die Bedeutung von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit verwiesen, diesen Staatsstreich nicht einfach akzeptieren (Mellah 2003b: 35). Es war Frankreich, das nach wenigen Monaten seine Beziehungen zu dem Militärregime normalisierte, dringend benötigte Kredite vergab und über den damaligen Präsidenten des IWF, Michel Camdessus, im Interesse Algeriens Einfluss auf die Umschuldungsverhandlungen nahm (Ruf 1997: 99).

Der von den Putschisten proklamierte „Kampf gegen den Terrorismus“ bediente nicht nur alte arabophobe und islamophobe Klischees (Ruf 1998a:), das Militärregime verstand es auch, den durch den Putsch verursachten Bürgerkrieg als eine Art Vorfeld-Verteidigung des Westens durch die sich als Retter säkularer Staatlichkeit präsentierenden Militärs darzustellen. Und in der Tat schien es, als ob die „Verrückten Gottes“, wie die rechte französische Presse zu schreiben pflegt, ihren Krieg nach Frankreich selbst tragen wollten: 1995 und 1996 kam es in Frankreich zu Bombenanschlägen, deren Spuren auf die berüchtigten *Bewaffneten Islamischen Gruppen* (*Groupes Islamiques Armées, GIA*) verwiesen. Inzwischen haben sich allerdings die Hinweise mehr als verdichtet, dass viele dieser Gruppen vom algerischen militärischen Sicherheitsdienst teils unterwandert waren, teils gesteuert wurden (u. A. Aggoun/Rivoire 2004, Mellah 2003a Souaidia 2001, Yous 2000). Sie terrorisierten die Zivilbevölkerung, kämpften aber vor allem gegen den bewaffneten Arm der Islamischen Heilfront. Auch die Anschläge des Jahres 1995 auf die Pariser Metro und die Ermordung der sieben Trappistenmönche des Klosters Tibérihine wurden durch Gruppen der GIA begangen, die eng mit dem algerischen Sicherheitsdienst zusammenarbeiteten, wie der ehemalige algerische Geheimdienstler Abdelkader Tigha (Libération 23. Dez. 2002) und vor allem der desertierte algerische Geheimdienst-Oberst Mohamed Samraoui, der inzwischen in Deutschland Asyl genießt, detailliert darlegen. Ziel der Anschläge war es, die Unterstützung für das algerische Regime durch die französische aber auch die westlichen Regierungen zu verstärken (Samraoui 2003). Wie gut es gelang, den grauenhaften Terror in Algerien allein fanatischen Islamisten anzulasten, bestätigt die herrschende Berichterstattung über den Konflikt noch immer, zumal es gelungen ist, das Feindbild Islam zu einer neuen innen- wie außenpolitischen Bedrohung zu stilisieren (Ruf: 2006, Noelle/Petersen: 2006).

Die hauptsächlich in Europa mit großer Aufmerksamkeit beachteten fürchterlichen Höhepunkte des Terrors in der zweiten Hälfte der 90er Jahre müssen in den Kontext des Putsches vom 11. Januar 1992 und die seither dramatisch wachsende Verelendung der Bevölkerung eingeordnet werden. Unmittelbar nach dem Putsch wurden Anhänger und Mandatsträger (Bürgermeister, Kommunalvertreter, Sympathisanten) der Islamischen Heilsfront FIS massenhaft verhaftet, etwa 20.000 bis 25.000 in Konzentrationslagern ähnliche Einrichtungen in der Wüste verbracht und gefoltert (Mellah 2003b; 33; Hasel 2002: 112 – 122). Unbestreitbar ist, dass die Islamische Heilsfront und ihr im Untergrund entstehender bewaffneter Arm, die Armee des Islamischen Heils (AIS), nach ihrem Verbot am 4. März 1992 und der Verfolgung durch die Militärs zu Anschlägen übergingen. Diese richteten sich vorwiegend gegen Einrichtungen des Staates, wie Polizeistationen und Kasernen, wo sie vor allem das Ziel hatten, Waffen für die Bewegung zu beschaffen. Erste Zweifel an der scheinbaren Eindeutigkeit der Urheberschaft der Anschläge kamen auf nach der Ermordung von Mohamed Boudiaf, des Präsidenten des von den Militärs eingerichteten „Hohen Staatskomitees“.² Genau 170 Tage nach Übernahme dieses Amtes wurde er von einem eigens für diesen Tag zu seinem Personenschutz abgestellten Beamten des militärischen Sicherheitsdienstes bei einer öffentlichen Rede in Constantine erschossen. Sechs Tage später, am 5. Juli, wurden westlich von Algier fünf Sicherheitsbeamte erschossen, die von Boudiaf mit der Ermittlung in Korruptionsaffären beauftragt waren (Rouadjia 1994: 352 – 354), Labat, 1995: 232f).

Spätestens 1993 ging das Regime selbst zum aktiven Gegenterror über, in dem der militärische Sicherheitsdienst Kommandos aufstellte, die ihrerseits die Bevölkerung terrorisierten. Eine dieser Organisationen, die schon 1994 wieder verschwunden ist, war die *Organisation des Jeunes Algériens Libres* (OJAL), die im Stil der aus Lateinamerika bekannten Todesschwadronen ganze Dörfer überfiel und deren männ

² Boudiaf war einer der wenigen Überlebenden aus jener Gruppe, die am 1. November 1954 mit zahlreichen Sprengstoffanschlägen in Algerien den Befreiungskrieg gegen Frankreich begonnen hatten. Nach der Machtübernahme Ben Bellas und der Armee floh er ins marokkanische Exil. Von dort hatten ihn die Putschisten zurückgeholt und zum Präsidenten des von ihnen geschaffenen Hohen Staatskomitees gemacht. Sehr schnell stellte sich heraus, dass Boudiaf nicht bereit war, dem neuen Regime nur als Galionsfigur zu dienen. Er betrieb die Gründung einer eigenen Partei, um sich selbst eine gewisse Unabhängigkeit vom Militär zu verschaffen und, vor allem, er setzte Kommissionen ein, um den Sumpf aus Korruption und Pfründenwirtschaft, der Algeriens Ökonomie im Griff hatte, zu untersuchen und offen zu legen.

liche Einwohner massakrierte (amnesty international 1995; Comité algérien ... 1995³: 77-87, Samraoui 2003: 202-205), oder aber als Rache für ermordete Frauen, die unverschleiert auf die Straße gingen, die Ermordung von verschleierten Frauen ankündigte und solche Morde mit großer Wahrscheinlichkeit auch durchführte (amnesty international 1995). 1993 traten erstmals die so genannten Bewaffneten Islamischen Gruppen (*Groupes Islamiques Armés*, GIA) in Erscheinung (Ruf 1998b: 31 – 33). Diese Gruppen bekämpften einerseits die AIS, andererseits wurden sie immer wieder für zahlreiche Anschläge verantwortlich gemacht, vor allem wird ihnen die systematische Massakrierung ganzer Stadtviertel und Dörfer zugeschrieben. Wie aber, um nur das Beispiel Bentalha zu nennen, war es möglich, dass solche Bewaffnete Gruppen sechs bis sieben Stunden lang ein Wohnviertel der Außenbezirke von Algier terrorisieren, mehrere hundert Menschen abschlachten konnten, ohne dass die Ordnungskräfte eingreifen, obwohl ein Polizeiposten und sogar eine Kaserne nur wenige hundert Meter entfernt sind? Wie konnten die Mörderbanden auf mehreren Lastkraftwagen anfahren und nach getaner Metzelei auf diesen wieder verschwinden, obwohl das Militär rund um die Stadt Straßensperren eingerichtet hatte (vor allem Yous 2000)?

Auch stellt sich die Frage: Wie es möglich ist, dass die Terroristen, die offensichtlich immer und überall zuschlagen können, wo sie dies nur wollen, in dem nun eineinhalb Jahrzehnte dauernden Konflikt an keiner Stelle die Tausende von Kilometern Erdgas- und Erdölpipelines angegriffen haben, die die finanzielle Nabelschnur des Regimes darstellen? Vieles am Agieren der Terrorgruppen der GIA bleibt unklar und widerspricht elementaren Regeln des Guerillakrieges: Warum sollten die islamistischen Kommandos gerade die Teile der Bevölkerung massakrieren, die in den Vororten der Großstädte bei den Kommunalwahlen der Jahre 1990 und 1991 mit 80% und mehr für die Islamisten gestimmt hatten? Völlig untypisch für terroristische Bewegungen ist, dass die GIA bisher nirgendwo ein politisches Programm veröffentlicht haben. Wieso wurde nie eines ihrer Mitglieder gefangen genommen, so dass seine Aussagen der Öffentlichkeit hätten präsentiert werden können? All dies wirft Fragen auf, die in der herrschenden Berichterstattung keine Rolle zu spielen scheinen, weil sie die pauschalisierenden Klischees vom „Kampf der Kulturen“ in Frage stellen könnten.

³. Der Vertrieb dieses Weißbuchs ist in Frankreich verboten.

Im September 1997 erklärte die Führung des bewaffneten Arms der Islamischen Heilsfront AIS (*Armée Islamique du Salut*), einen einseitigen Waffenstillstand, der mit dem Geheimdienst DRS (*Département du Renseignement et de la Sécurité*) ausgehandelt worden war. Ab diesem Zeitpunkt ließen auch die Operationen der GIA nach. Im gleichen Zeitraum, 1998, trat erstmalig eine von den GIA abgespaltete Splittergruppe namens GSPC (*Groupe Salafiste pour la Prédication et le Combat*) in der Kabylei, einem Gebirge rd. 150 km östlich von Algier in Erscheinung.⁴

1999 verkündete der neu gewählte Präsident Abdelaziz Bouteflika ein Gesetz der „zivilen Eintracht“, das Terroristen, die keine Morde oder Vergewaltigungen begangen hatten, die Rückkehr ins zivile Leben ermöglichen sollte (Mellah 2006). Dieses Gesetz wurde 2005 gewissermaßen neu aufgelegt durch eine „Charta für den Frieden und nationale Versöhnung“. Dem Bürgerkrieg, dem seit 1992 über 200 000 Menschen zum Opfer gefallen waren, sollte damit ein Ende bereitet werden. Die Ergebnisse scheinen aber dürftig: Soweit überhaupt Informationen über die sehr undurchsichtige Anwendungspraxis des Gesetzes und der Charta zu finden sind, kann die Zahl der Bewaffneten, die sich gestellt haben, auf etwa 300 geschätzt werden. Teil des Problems sind auch die „Verschwundenen“, die von Menschenrechtsorganisationen auf etwa 18.000 Personen geschätzt werden (L'Expression, 8. Dezember 2005), während seitens des Staates offiziell 6.147 Fälle registriert wurden (amnesty international 2005).

Es lohnt sich daher, dies Charta im Detail zu studieren, worauf an dieser Stelle verzichtet werden muss. Zwei wesentliche Elemente müssen aber benannt werden, lassen doch den politischen Sinn dieser „Amnestie“ begreifen (République Algérienne Démocratique et Populaire: 2006): Das erste betrifft die „Verschwundenen“: In seinem Bericht hatte der Vorsitzenden der staatlichen Untersuchungskommission, Farouk Ksentini, festgestellt, dass im Falle der offiziell gezählten 6.147 „Verschwundenen“ der Staat „verantwortlich aber nicht schuldig“ sei

⁴ Der Begriff „Salafi“ verweist auf eine in der 2. Hälfte des 19. Jh. von Jamal ed-Din al Afghani und Mohamed Abdouh gegründete und damals „reformerisch“ genannte Bewegung, die die Rückkehr zu den Quellen des Islam forderte und aus der schließlich die 1928 in Ägypten gegründete Muslim-Bruderschaft hervorging. „Salafi Jihad“ ist der Begriff, der heute von den Sicherheitsdiensten und in manchen Arbeiten mit wissenschaftlichem Anstrich mehr oder weniger synonym mit dem Netzwerk al qa'eda verwendet wird (von Knop, Katharina: 2005).

(Le Quotidien d'Oran, 2. April 2005). Der Staat bietet den Familien der Opfer Entschädigungen an. Entschädigungen erhalten genauso Angehörige der Armee, der Polizei oder der Staatsverwaltung, die „Opfer der nationalen Tragödie“ geworden sind. Das zweite Element ist Artikel 45 der Charta, der bestimmt: „Keinerlei Strafverfolgung kann angestrengt werden gegen Angehörige der Verteidigungs- und Sicherheitskräfte der Republik ... Jede ... Klage muss von den zuständigen Justizbehörden abgewiesen werden.“ Und Art. 46 legt fest, dass Personen mit drei bis fünf Jahren Haft und hohen Geldbußen zu belegen sind, die „durch Erklärungen, Schriften oder andere Handlungen die Verletzungen der nationalen Tragödie ... instrumentalisieren, um die Institutionen der algerischen demokratischen Volksrepublik zu verletzen, den Staat zu schädigen oder der Ehrenhaftigkeit seiner Vertreter zu schaden ... oder das Ansehen Algeriens auf internationaler Ebene zu beschädigen.“ Die New York Times hat dieses „Amnestie-Gesetz“ treffend auf den Punkt gebracht, als sie am 28. Juni 2006 schrieb: „Die Opfer der nationalen Tragödie sind also genauso die Leute, die Kehlen durchgeschnitten haben, wie die Leute, deren Kehlen durchgeschnitten wurden.“

Das Problem besteht darin, dass die Fronten nie so klar waren, dass eine einfache Trennung in (böse) gewaltbereite Islamisten und (vielleicht bisweilen brutale, aber letztlich säkulare und gute) Militärs möglich wäre. Die Charta bestätigt mit ihren Regelungen voll und ganz die These, dass der Staat selbst in hohem Maße in terroristische Aktionen verwickelt war. Bleibt die Frage nach den Gründen: Der Verweis auf die fortdauernde Gewalt ermöglicht es, den 1992 verhängten Ausnahmezustand bis heute fortzusetzen. In seinem Schatten kann die errichtete parlamentarische Fassade keinerlei Kontrolle ausüben. Die herrschenden Clans können unkontrolliert ihre kriminellen Machenschaften im Kampf um die Aneignung der Rente fortsetzen. Um hiervon abzulenken, ist es ihnen gelungen, die Angst vor „dem Islam“ weiter zu schüren und zu hysterisieren, so dass vor allem im Ausland die Militärdiktatur als das kleinere Übel und zugleich als Bollwerk gegen eine Bedrohung erscheint (Faath 1992). Der von offizieller algerischer Seite immer wieder beschworene „Restterrorismus“ wird so innen- wie außenpolitisch funktional.

Das Verhältnis Algeriens zur EU und ihren Mitgliedstaaten wird allerdings immer wieder gestört durch die Misstöne, die Menschenrechtsorganisationen in das

offizielle Konzert der Verständigung tragen. Vor allem die Forderungen des EU-Parlaments nach Einhaltung der Menschenrechte in Algerien, seine (relative) Unterstützung für die Entsendung einer internationalen Untersuchungskommission, die Einrichtung eines Sonderprogramms der EU-Kommission zur Unterstützung von Menschenrechtsorganisationen im Lande selbst (*European Initiative for Democracy and Human Rights*, EIDHR), die Veröffentlichung von Büchern, die detailliert die Verwicklungen des Militärs in die Massaker in Algerien schilderten, die Aufnahme von Ermittlungen gegen den früheren Oberkommandierenden der Armee, General Nezzar, durch die französische Staatsanwaltschaft usw. verunsichern die Machthaber in Algier: Seit der Verabschiedung des Statuts des Internationalen Strafgerichtshofs können sie vor Strafverfolgung nicht mehr sicher sein. Frankreich und Europa wurden für die Inhaber der realen Macht ein unberechenbares Terrain. Dies dürfte einer der Gründe sein, weshalb Algier seine politische Rückversicherung in Washington suchte.

3. Die besonderen Beziehungen Algeriens zu den USA.

Bereits in den 70er Jahren waren US-amerikanische Firmen während der Phase der „industrialisierenden Industrien“⁵ massiv in das Geschäft mit Algerien eingestiegen. Zu Beginn der 80er Jahre wurde das Land in das amerikanische IMET-Programm (*International Military and Education Program*) des *State Department* aufgenommen, primär um dadurch die enge militärische Zusammenarbeit des Landes mit der Sowjetunion zu lockern, aber auch um den algerischen Waffenmarkt für US-Produkte zu erschließen. Die Entwicklung gerade der wirtschaftlichen Beziehungen ist sehr anschaulich nachzulesen im wöchentlich erscheinenden *Middle East Economic Digest* (MEED), in dem neben Hintergrundartikeln über die Entwicklung der Ökonomien der einzelnen Länder auch Ausschreibungen, Verträge, die Bildung von Joint Ventures, Investitionen etc. aufgelistet sind. Hieraus ergibt sich, dass beispielsweise in den Jahren 1998 – 2000 rd. vier Mrd. Dollar von amerikanischen

⁵ Dieses Konzept geht zurück auf den französischen Ökonomen Gérard Destanne de Bernis. Kern der algerischen Entwicklungspolitik sollte der Aufbau von Schlüsselindustrien in der Erdölwirtschaft und der Chemie sowie in der Stahlindustrie sein. Um diese herum sollten sich dann weiterverarbeitende Industrien (Pharmazeutika, Bauindustrie) etc. die dann auch privaten Investoren offen stehen sollten. Ausführlicher: Ruf: 1997.

Firmen in Algerien investiert wurden – trotz der mehr als prekären Sicherheitslage. Rd. 90 % dieser Investitionen konzentrierten sich auf den Kohlenwasserstoffsektor.

Der Staatsbesuch von Präsident Bouteflika im Juli 2001 in Washington stand ganz im Zeichen der Zusammenarbeit auf dem Energiesektor. Eine algerisch-amerikanische Handelskammer wurde gegründet, deren Ziel die Förderung der Industrie, der Kapitalinvestitionen, der Handels- und Finanzbeziehungen zwischen beiden Ländern ist (La Tribune, 14. Juli 2001). Die algerische Presse hob besonders hervor das Treffen von Bouteflika mit dem Generaldirektor der Ölfirma Halliburton und dessen Vorgänger, US-Vizepräsident Cheney, mit dem sich Bouteflika schon im Vorjahr getroffen hatte. Ferner konferierte er mit Energieminister Spencer Abraham (La Tribune 14. Juli 2001). Allein für das Jahr 2001 betragen die Investitionen der Firmen BP, Amoco, Arco, Amerada Hess, Anadarko, Burlington, Halliburton (MEED 12. Jan. 2001) 1,4 Mrd. Dollar. Für die Zeit nach 2003 sind Investitionen von über 7 Mrd. US \$ geplant.

Weiter ausgebaut wurden diese Beziehungen anlässlich des Besuchs des algerischen Energieministers Chekib Khelil im Juli 2002 (Le Quotidien d'Oran, 24. Juli 2002). Chekib Khelil war in der zweiten Hälfte der 60er Jahre als Ingenieur für Shell und Philips Petroleum in den USA, von 1980 bis 1999 bei der Weltbank tätig. Seit 1999 ist er Energieminister. Bei seinem Besuch ging es offensichtlich um die Schaffung weiterer Joint Ventures zwischen dem algerischen Energiemonopolisten SONATRACH und US-Firmen. Konfliktpunkt bei diesen Verhandlungen war und ist immer wieder die Privatisierung des algerischen Konzerns. Der Staat scheint sich hiermit offensichtlich schwer zu tun, obwohl die USA, unterstützt vom IWF, immer wieder drängen: So ist ein Privatisierungsgesetz seit langen Jahren in Vorbereitung, kommt aber offensichtlich nicht richtig voran. Grund hierfür dürften weniger ideologische Motive des Festhaltens an überkommenen sozialistischen Prinzipien sein als die Interessen der Machthaber, die Einnahmen aus der Kohlenwasserstoffrente so undurchsichtig wie möglich zu halten. Andererseits ist die Teilprivatisierung bestimmter Branchen der Sonatrach offensichtlich eine wichtige Einnahmequelle für Schmiergeldzahlungen an diejenigen, die im Hintergrund der „realen Macht“ Algeriens die Entscheidungen treffen. An diesen Konflikten entzündeten sich die hinter den Kulissen stattfindenden Kämpfe der Clans (Ouaissa 2005). Der

Mangel an Demokratie und damit einhergehender Kontrolle ist eine wichtige Voraussetzung für das Gelingen von okkulten Transaktionen, wie dies der Jahresbericht 2002 von Transparency International unterstreicht (vgl. auch La Tribune, 14. Juli 2003).

Zentraler ökonomischer Akteur Algeriens ist die Sonatrach (<http://www.sonatrach-dz.com/> abgerufen 26. Dez. 2006), die längst zum Global Player mutiert ist (<http://www.arabcomconsult.com/algeria2002/sonatrach.htm> [26. 12. 2006]: Mit 120 000 beschäftigten und einem Umsatz von 32 Mrd. US \$ im Jahre 2005 ist sie mit Abstand die größte afrikanische Erdölgesellschaft (s. Jahresbericht 2005: <http://www.sonatrach-dz.com/rap-2005uk.pdf>) . Die Produktion wuchs im Jahre 2005 um 5%. Sonatrach belegt Rang sechs unter den wichtigsten Energie-Importeuren der USA (vor allem Flüssiggas), im internationalen Vergleich hält sie Platz zwölf unter den größten Gesellschaften der Branche. Ihre Schwerpunkte liegen in Prospektion und Forschung, Förderung, Transport, Verarbeitung und Vertrieb. Sonatrach ist weltweit der zweitgrößte Exporteur von Flüssiggas, die jährliche Produktion von Gas liegt bei 9 Mrd. Kubikmeter.

Die Gesellschaft steht für 95 % der gesamten Exporteinnahmen des Landes, also praktisch der gesamten Renteneinnahmen des Staates. Sie ist international verflochten in schier unzähligen Joint Ventures, darunter AMERADA HESS, ANADARKO und TOTALFINAELF. Pipelines führen Erdgas über Marokko und über Tunesien nach Europa, eine Unterwasser-Pipeline durch das Mittelmeer ist in Planung. Mittlerweile im Bau ist eine Gas-Pipeline durch die Sahara von Warri in Nigeria über Niger nach Hassi R'mel in Südalgerien. Dort wird ein Abzweig nach Beni Saf bei Oran und von dort nach Spanien führen, der andere in den ostalgerische Ölhafen Kala und von dort über Sardinien nach Italien (<http://www.sonatrach-dz.com/annual%20report2007-uk.pdf> [22. 04. 2009]). Sonatrach hält auch Beteiligungen an einer russischen Erdölfirma. In Kooperation (http://www.africaintelligence.com/Identification/p_identification_articles.asp, mit der russischen Sroytransgaz wird seit 2005 ein gigantisches Pipeline-Netz gebaut (<http://www.sonatrach-dz.com/rap-2005uk.pdf>). Nicht zuletzt besitzt sie auch

umfangreiche Verträge mit dem Irak zwecks Ausbaus der dortigen Erdölfelder,⁶ sowie mit Ägypten und Brasilien für die Prospektion und Förderung von off-shore-Vorkommen von Öl und Gas (<http://www.sonatrach-dz.com/annual%20report2007-uk.pdf> [22. 04. 2009]).

Von geradezu strategischer Bedeutung sind jedoch die derzeit in Gang befindlichen Verhandlungen zwischen den größten Gasproduzenten der Welt, Russland, Iran, Algerien, Qatar und Venezuela, an denen zeitweise auch Nigeria, die Vereinigten Arabischen Emirate und Irak beteiligt sind. Im Westen hat dies bereits Befürchtungen über die Gründung eines transnationalen Gaskartells nach Vorbild der OPEC ausgelöst (International Institute for Strategic Studies 2007). Der Versuch, durch eine solche Kartellbildung seine Marktposition und die damit einhergehende politische Macht zu stärken, hindert Algerien aber nicht daran, zahlreiche Joint Ventures mit führenden US-Gesellschaften der Energie-Branche zu bilden, die wiederum zu einer Angleichung der jeweiligen Interessen und der Intensivierung der Beziehungen mit den USA führen, wie die US-Botschafterin Janet Sanderson in Algier hervorhob (La Tribune, 18. Juni 2003).

Es ist daher kein Zufall, dass Algerien auf der Liste jener Länder erscheint, denen der Präsident der USA Handelserleichterungen gewähren kann (<http://thomas.loc.gov/cgi-bin/query/F?c108:1:./temp/~c108XUtoZl:e4658>). Betrachtet man die politischen Verhältnisse, dann muten die Voraussetzungen für die Aufnahme in diese Liste geradezu zynisch an, doch nach Auffassung der US-Regierung werden sie von Algerien erfüllt:

- Marktwirtschaftliches System,
- Rechtsstaatlichkeit,
- Wirtschaftspolitik zur Reduzierung von Armut,
- Kampf gegen Korruption und Bestechung,
- Hohes Niveau des Umweltschutzes,
- Keine Aktivitäten zur Gefährdung der nationalen Sicherheit der USA,
- Signatarstaat der Menschenrechtserklärung der UN,
- Nichterwähnung auf der Liste der Staaten, die den Terrorismus fördern,

⁶ s. die Vorlage der National Defense Oil Equity Act of 2003 für das US-Repräsentantenhaus vom 5. Februar 2003. <http://thomas.loc.gov/cgi-bin/query/z?c108:H.R.585>: abgerufen am 26. Dez. 2006.

- Nichtteilnahme an primärem, sekundärem oder tertiärem Wirtschaftsboykott gegen Israel.

In der Tat hat die algerische Regierung während der letzten Jahre zum Nahostkonflikt eine demonstrative Zurückhaltung an den Tag gelegt, und die in den US-Medien immer wieder aufflammende Diskussion über ein mögliches Atomprogramm. Algeriens, das im Jahr 2000 dem Atomwaffensperrvertrag beigetreten ist, scheint die Schönwetterlage der Beziehungen kaum zu stören, im Gegenteil: am 9. Juni 2007 unterzeichneten Algier und Washington einen Kooperationsvertrag für den Aufbau der algerischen Nuklearindustrie (Le Quotidien d'Oran, 21. Mai 2007).

Vor dem Hintergrund sich stetig intensivierender Wirtschaftsbeziehungen und einer wachsenden militärischen Zusammenarbeit gab der 11. September 2001 den amerikanisch-algerischen Beziehungen einen gewaltigen Schub: Unmittelbar nach den Anschlägen übergab Algier der US-Regierung eine Liste mit den Namen von 1.350 Terroristen (Le Quotidien d'Oran, 18. Sept. 2001). Auch die militärische Zusammenarbeit erhielt eine neue Dynamik: Im Januar 2002 fanden erstmals gemeinsame Manöver statt (The Library of Congress 2002), und eine gemeinsame Sicherheitskommission zur Überwachung und Verfolgung bewaffneter islamischer Gruppen wurde gebildet. Das IMET-Programm wurde ausgeweitet, die Ausbildung algerischer Militärs in den USA und in US-Stützpunkten in Europa intensiviert, gemeinsame Manöver im Mittelmeer durchgeführt, die seither verstärkt andauern. Mit dem Besuch des algerischen Generalstabschefs Lamari und einer großen Militärdelegation Ende Februar 2002 im US-Hauptquartier für Europa in Stuttgart (El Watan, 28. Febr. 2001) wurden die bilateralen Militärbeziehungen weiter gefestigt, im Oktober 2002 erfolgte ein Gegenbesuch des stellvertretenden Oberkommandierenden der US-Streitkräfte in Europa (Le Quotidien d'Oran, 29. Oktober 2002). Resultat waren weitere gemeinsame Manöver der algerischen Marine mit der VI. US-Flotte, vor allem aber die umfangreiche Lieferung von Militärausrüstung, insbesondere von Nachtsichtgeräten (Le Jeune Indépendant, 10 u. 12. Dez. 2002). Hier wurde wohl der Grundstein gelegt für die folgende Militärzusammenarbeit, insbesondere für die Gründung von Africom (s. u.)

Am 30. Juni 2003 hielt NATO-Generalsekretär Lord Robertson in London vor den diplomatischen Vertretern Algeriens, Ägyptens, Israels, Jordaniens, Mauretaniens, Marokkos und Tunesiens eine Rede zum Thema „NATO und Sicherheit im Mittelmeer: Praktische Schritte zur Partnerschaft“. Darin betonte er die Notwendigkeit enger Zusammenarbeit, weil die NATO „politische und praktische Unterstützung seitens der Länder der Region benötigt, da sie größere friedenserhaltende Operationen in ihrer Nachbarschaft vorbereitet.“

<http://www.nato.int/docu/speech/2003/s030630a.htm> [27. 12. 2006] Damit wird der lange von den USA und der NATO formulierte Wille deutlich, diesen Raum nicht allein der EU und ihrem Projekt einer assoziierten Freihandelszone zu überlassen, das jüngst durch die von Frankreichs Präsident Sarkozy vorgeschlagene Mittelmeerunion neu angestoßen wurde, sondern die militärische Sicherheit des Südufers des Mittelmeers in die Kompetenz der NATO zu nehmen. Die Militärkooperation beider Länder sowohl in den Bereichen der Ausbildung, der Waffenlieferungen, sowie der Manöver zu Land und zur See steigt von Jahr zu Jahr.

Algerien scheint inzwischen fester und verlässlicher Pfeiler der US-Außenpolitik nicht nur im Maghreb sondern auch auf dem afrikanischen Kontinent zu sein. Die einzige Belastung dieser Beziehungen ist der seit rd. 30 Jahren ungelöste Konflikt um die West-Sahara (Ruf 1994), der so lange schwelen wird, wie der Bevölkerung dieser ehemaligen spanischen Kolonie das Selbstbestimmungsrecht verweigert wird. Zugleich vergiftet dieser Konflikt die Beziehungen zwischen Marokko, das dieses Gebiet annektiert hat und Algerien, das die sahraischen Befreiungsbewegung unterstützt. Für die großen Mächte gibt es jedoch übergeordnete Interessen: Den Reichtum an Kohlenwasserstoffen und die geografische Größe des Landes, das sich bis zu den schwarzafrikanischen Staaten Tschad und Niger erstreckt. In Algerien selbst ist Kontinuität angesagt. Nach einer Verfassungsänderung im Hau-Ruck-Verfahren ließ sich Präsident Bouteflika am 9. April 2009 für eine dritte Präsidentschaft von fünf Jahren Dauer wieder wählen. Die „reale“ Macht verbleibt jedoch bei den im Hintergrund agierenden Militärs, vor allem beim militärischen Geheimdienst.

Als Galionsfigur dieser Kräfte steht Bouteflika für die Kontinuität der algerischen Politik: Weitere Islamisierung der Gesellschaft, Aufrechterhaltung der

scheindemokratischen Fassade, Fortdauer der systemischen Korruption, Verlässlichkeit in der Energieversorgung Europas und der USA. Die Außenpolitik Algeriens fügt sich hervorragend in das neo-konservative *Project for a New American Century* (PNAC, <http://www.newamericancentury.org/RebuildingAmericasDefenses.pdf>) vom September 2000, das gewissermaßen zum Regierungsprogramm der Bush-Administration wurde. Daran dürfte auch der Präsidentenwechsel in Washington wenig ändern, bleiben doch folgende Ziele „wesentliche Aufgaben“ der US-Außenpolitik:

„Amerikas globale Führungsaufgabe und seine Rolle als Garantiemacht des derzeitigen Großmachtfriedens ruht auf der Sicherheit der amerikanischen Heimat (*homeland*), auf der Sicherung eines günstigen Machtgleichgewichts in Europa, dem Mittleren Osten und der umliegenden Energie produzierenden Region und Ostasien; sowie der allgemeinen Stabilität des internationalen Systems von Nationalstaaten gegenüber Terroristen, organisiertem Verbrechen und anderen ‚nichtstaatlichen Akteuren‘.“

Als regionaler Sachwalter so verstandener Stabilität bietet sich das Regime in Algier weiterhin als verlässlicher Verbündeter an. Der immer wieder beschworene und sich in gelegentlichen Anschlägen manifestierende „Restterrorismus“ ist für Algier willkommene Gelegenheit, den 1992 ausgerufenen Ausnahmezustand fortzusetzen und sich als verlässlicher Partner im Erhalt einer Stabilität anzubieten, die unter Demokratie bestenfalls routinierte Wahlrituale versteht, jedoch weder die politischen noch die wirtschaftlichen und sozialen Probleme des Landes zu lösen vermag (Martinez 2009).

4. Geheimdienste und Geopolitik.

Mit Beginn des Krieges gegen den Irak intensivierte sich die Zusammenarbeit zwischen Algier und Washington weiter. Dies belegen hochrangige Besuche – vom Oberkommandierenden der NATO und der US-Streitkräfte in Europa (El Watan 19. Dez. 2005) bis zu Donald Rumsfeld, der am 12. Februar 2006 die algerische

Hauptstadt besuchte (Liberté, 21. Februar 2006), und Dick Cheney (L'Expression, 16. April 2006). Zweck seines Besuches war, so Rumsfeld, „die Verstärkung unserer Militärbeziehungen und unserer Zusammenarbeit im Bereich der Terrorismus-Bekämpfung.“ (Liberté, 21. Februar 2006). Entsprechend gilt im State Department Algier „als am besten platziert für US-Militärhilfe im Maghreb“ (Le Jeune Indépendant, 1. März 2006, unter Verweis auf eine Ansprache des Direktors für die Abteilung Nordafrika, William Jordan, vor dem französischen *Institut Français des Relations Internationales*). Es ist nicht verwunderlich, dass Algier im strategischen Denken der USA eine zentrale Rolle spielt: Seine 7.000 km umfassenden territorialen Grenzen und 1.200 km Küste machen das Land zu einem geo-strategisch prädestinierten Partner. Hinzu kommt die seit Jahren gepflegte und unter Präsident Bouteflika seit 2001 intensiviertere intensive Kooperation mit den USA im Bereich der „Terrorbekämpfung“. Spätestens seit 2004 finden zahlreiche, oft lange andauernde Manöver gemeinsam mit US-Truppen statt, die zumindest in der Nähe von Tamanrasset im fernen Süden des Landes einen Stützpunkt unterhalten.

In diese geopolitische Konstellation fügt hervorragend das seit 2001 immer wieder beschworene Szenario, demzufolge sich in der Sahara ein gefährlicher Terroristenherd entwickelt habe, ja dass dort mit höchster Wahrscheinlichkeit in Verbindung mit al qa'eda die Anschläge in Madrid vom 11. März 2004 ausgeheckt und vorbereitet worden seien, wie eine Studie der US-Air Force behauptet (Powell 2004). Ferner schickt diesem Artikel zufolge al qa'eda aus Verstecken in der Sahara Terroristen in den Irak. Den ersten „Beweis“ für eine al qa'eda-Präsenz in der Sahara lieferte der algerische Geheimdienst, als im Februar/März 2003 im tiefen Süden einige Gruppen von Touristen gekidnappt wurden. Die Entführer waren prompt jene GSPC, die sich 1998 von den GIA abgespalten hatten, bis dahin bisweilen in der Kabylei erschienen waren und nun plötzlich rd. 3000 km weiter südlich diesen großen Coup gelandet hatten. Jeremy Keenan (2005) hat die Umstände der Entführung minutiös untersucht und kommt zu dem Schluss, dass „die meisten, wenn nicht alle Aspekte dieses Gemäldes ... falsch sind.“ (S. 623). Ähnlich auch schon Mellah/Ruf (2003).

Keenan hebt die extrem widersprüchlichen und unhaltbaren Informationen hervor, die seitens der algerischen Behörden zu dieser Affäre verlautbart wurden. Seine

wichtigsten, auf vielen Seiten ausgeführten Argumente lassen sich verkürzt folgendermaßen zusammenfassen:

- Laut Aussagen der Entführten gab es enge Kontakte zwischen den Entführern und der im Süden omnipräsenten algerischen Armee,
- Die Informationen aus Algier bezüglich der Urheber, Ziele und Aktionen der Entführer blieben über Monate hinweg widersprüchlich.
- Algier verhinderte deutsche Versuche, mittels der GSG 9 oder der KSK wie auch des Einsatzes von Agenten des BND, das Geiseldrama zu lösen. Vor allem wurde der Einsatz deutscher Aufklärungsdrohnen abgelehnt.
- Die algerische Armee leistete massive logistische Unterstützung, da die Entführer ohne Treibstoff, der in dieser Region der ausschließlichen Kontrolle des Militärs unterliegt, niemals die weiten Strecken bis Mali, Niger und zurück hätten zurücklegen können - von der leichten Beobachtung der Gruppen aus der Luft und mittels der von den USA gelieferten Nachtsichtgeräten in weitgehend offenem und z. T. flachen Terrain ganz abgesehen.
- Nach auch von den Entführten bestätigten Aussagen erhielten die Entführer mitten in der Wüste binnen weniger Tage original verpackte Ersatzteile für drei beschädigte Fahrzeuge – während in ganz Algerien solche Ersatzteile gar nicht oder nur aufgrund bester Beziehungen zu erhalten sind.
- Bei der „Befreiung“ verschwanden bis auf zwei oder (?) drei alle Geiselnahmer unverletzt.
- Die Führungsfigur Amari Saifi, genannt Abderrazak „El Para“, weil er in der algerischen Armee als Fallschirmjäger gedient hatte, ist mehr als undurchsichtig: Nicht nur wurde er bei der „Befreiung“ der Geiseln nicht gefasst, er wurde auch während der sieben Monate, während derer er von einer Widerstandsgruppe der Touareg im nördlichen Tschad festgehalten wurde, nicht nach Algerien ausgeliefert, obwohl die tschadischen Rebellen dies mehrfach anboten und zu diesem Zwecke eigens eine Delegation nach Algier schickten (Details in Mellah/Rivoire 2005). Problem- und folgenlos konnte er während seiner Gefangenschaft der Zeitschrift Paris-Match ein Photo-Interview geben. Schließlich wurde er von den Tuareg-Rebellen an Libyen überstellt und von dort im Oktober 2004 an die algerischen Behörden ausgeliefert. (Liberté 21. Februar 2006). In Algerien wurde er dann – in Abwesenheit! – zu einer lebenslänglichen Gefängnisstrafe verurteilt. Zwei

weitere Prozesse gegen ‚El Para‘ wurden unmittelbar nach ihrer Eröffnung wegen Abwesenheit des Angeklagten bis auf Weiteres vertagt (El Watan, 3. Mai 2005) – obwohl dieser inzwischen in algerischer Haft saß. Seither fehlt von dem auch „Bin Laden des Maghreb“ genannten prominenten Häftling jede Spur.

- Die Nachfolge „El Para’s“, so die algerische Darstellung, hat inzwischen Mokhtar Belmokhtar angetreten, der gleichfalls in die Entführung der Touristen verwickelt gewesen sein soll. Belmokhtar ist ein Bandit, der wichtige Schmuggelrouten in der Sahara kontrolliert, wo insbesondere Drogen, Waffen und Menschen gehandelt werden. Seine Beförderung zum religiösen Eiferer setzt schlicht auf die Naivität der Nachrichten-Konsumenten – oder auf die Erwartungen jener, die im „Krieg gegen den Terror“ Bedrohungsszenarien ausmalen.

Die ganze Affäre deutet darauf hin, dass der berüchtigte El Para ebenso wie sein „Nachfolger“ Mokhtar Belmokhtar Agenten des algerischen Sicherheitsdienstes sind, und dass, wie Keenan (2005: 625) schreibt, die behaupteten Verbindungen zu al qa’eda reine Konstrukte der algerischen Dienste sind. Diese Frage bliebe unerheblich, wenn diese Affäre nicht – erfolgreich – dazu gedient hätte, „Beweise“ für die Etablierung von *al qa’eda* in der Sahara zu erbringen, die seither in den einschlägigen Sicherheitskreisen wie auf deren websites gebetsmühlenhaft wiederholt werden: Nach algerischen Presseberichten hat sich die die GSPC inzwischen umbenannt in „*al qa’eda des Islamischen Maghreb*“ und dem Kommando von Bin Laden unterstellt. Sie erscheint auf der homepage des US-State Department als terroristische Organisation (<http://www.state.gov/s/ct/rls/fs/37191.htm>) und dient als Begründung für den Ausbau der US-Militärpräsenz im saharischen und im Sahel-Raum. Dabei ist das Regime in Algier Zulieferer von Informationen und Junior-Partner zugleich. Mit Begeisterung wurde daher in Algier der Vorschlag des stellvertretende Oberkommandierende der US-Truppen in Europa, General Ward aufgenommen, der die Errichtung eines geeinten Oberkommandos (Africom) zur Bekämpfung der GSPC ankündigte, da diese die Stabilität in der Region, vor allem in Algerien bedrohe (El Khabar 16. Okt. 2006, Le Jeune Indépendant 23. Dez. 2006).

Die inzwischen erreichte Dichte der Zusammenarbeit wird unterstrichen durch den Besuch des algerischen Außenministers Mohamed Bedjaoui in Washington im April 2006, bei dem dieser nicht müde wurde, auf die mehr als zehnjährige Erfahrung seines Landes in der Terrorismus-Bekämpfung zu verweisen, die nun endlich in ihrer Bedeutung für den Westen richtig eingeschätzt werde. Diese Kompetenz werde nun genutzt, wie die Beteiligung Algeriens an den Operationen Active Endeavor der NATO im Mittelmeer, der Pan-Sahel Initiative oder der Operation Flintlock⁷ zeigten. Der Koordinator der US-Geheimdienste John Negroponte beglückwünschte den algerischen Außenminister zu der „ausgezeichneten Zusammenarbeit im Bereich der Terrorismus-Bekämpfung“ und zum Wert der geheimdienstlichen Informationen, die aus Algier an die CIA geliefert werden (Liberté, 15. April 2006). Die behauptete Bedrohung durch den Terrorismus in der Sahara war unmittelbare Voraussetzung für die Verwirklichung der US-amerikanischen Pan-Sahel-Initiative, deren Volumen von 7 Mio. US \$ im Jahre 2003 dank der „Präsenz“ von *al Qaeda* auf 125 Mio. im Jahre 2004 erhöht wurde.

Zu dieser Inszenierung gehört die mediale Beleitung. Eine ausführliche Darstellung lieferte am 31. Januar 2006 Raffi Khatchadourian⁸ in einem langen Artikel der „Village Voice“ <http://www.villagevoice.com/news/0605,khatchadourian,71993,6.html> unter der Überschrift „Hunting the ‚Bin Laden of the Sahara““, der mit einem Foto von Amari Saifi alias Abderrazak „el Para“ aufgemacht ist. Kern der Story ist die Geschichte von den entführten Touristen. Die ohnehin problematische GSPC wird aufgebauscht zu einem gigantischen Unternehmen, das „eine hohe Zahl algerischer Militärs umgebracht hat. Sie gehört zu den tödlichsten Organisationen in der Welt, die in Europa und Nordamerika operiert und ihr Aktionsgebiet weiter nach Afrika ausweitet. Für das Defense Department wurden Saifi's Aktivitäten die zentrale... Rechtfertigung für die Expansion der US-Militärpräsenz im Sahel.“

⁷ Im Juni 2005 fand unter dem Namen „Flintlock“ ein dreiwöchiges gemeinsames Manöver der USA, Algeriens und vier weiterer Sahel-Staaten statt, an dem 800 US-Soldaten und 2000 afrikanische Soldaten teilnahmen (Le Quotidien d'Oran, 2. Juli 2005). Ziel war es, den gemeinsamen antiterroristischen Kampf einzuüben. Bezeichnenderweise folgte dieses Manöver unmittelbar auf eine obscure Attacke gegen eine mauretanische Kaserne, die gleichfalls der GSPC zugeschrieben wurde. (Le Quotidien d'Oran, 21. Februar 2006).

⁸ Der Autor ist Journalist und hatte bis dahin einige Recherchen über die die Ölvorräte im Kaspischen Becken durchgeführt. Für die Erarbeitung dieser Studie hatte er ein Visiting Fellowship an der Johns Hopkins University in Washington.

Gespickt mit Berichten über wilde Verfolgungsjagden durch Mali, Niger und Südalgerien, die organisiert wurden von Charles F. Ward, dem bereits erwähnten Vier-Sterne-General und stellvertretenden Oberkommandierenden des EUCOM in Stuttgart, Vietnam-Kriegsveteran mit Kampferfahrung in Kambodscha, Laos, Irak und Bosnien. Hier lebt eine moderne Karl-May-Story auf, in der mit Hilfe von GPS Wasserlöcher geortet werden. Wo jedoch die Dschihadisten den Treibstoff für ihre vierradgetriebenen Wüstenfahrzeuge hergenommen haben, bleibt der Fantasie des Lesers überlassen. Was als heldenhafter Zweikampf zwischen Gut und Böse – Ward gegen Saifi – dargestellt wird, endet nüchtern mit der Auslieferung „el Paras“ von Libyen nach Algerien und seiner dortigen Verurteilung zu lebenslanger Haft.

„Der terroristische Gürtel“ zieht sich nach der von Khatchadourian gelieferten Karte von Mauretanien über Mali, Niger und Tschad bis in den Sudan und Somalia. Genau diesen Raum umfasst die Pan-Sahel-Initiative, die inzwischen *Trans-Saharan Couter-Terrorism Initiative*, TSCTI, genannt wird (L'Expression, 28. April 2006) und der mittlerweile zehn Staaten angehören. In Djibouti, wo Frankreich noch immer eine Militärbasis unterhält, haben die USA bereits 2000 Soldaten stationiert. Stützpunkte sind geplant bzw. schon im Aufbau in Senegal, Mali (Rühl 2006), Mauretanien, Niger, Tschad, Ghana, Marokko, Tunesien und Algerien, teilweise werden sie auch durch private Militärfirmen errichtet. Die Ausbildung der afrikanischen Soldaten erfolgt in der Regel durch die US-Special Forces. Zumindest in Mali, Tschad und Mauretanien werden derzeit Erdöl- und Erdgasvorräte prospektiert bzw. erschlossen. Nigeria und Kamerun grenzen gleichfalls an die Sahel-Zone, Äquatorial-Guinea mit seinen riesigen Off-Shore-Ölvorkommen liegt unmittelbar vor der kamerunischen Küste im Golf von Guinea. Die Pipeline, mit der das tschadische Erdöl transportiert wird, verläuft durch Kamerun an den Golf von Guinea. Dort liegen auch die Erdölvorräte des Bürgerkriegslandes Elfenbeinküste. 2008 wurde mit dem Bau einer gigantischen Erdgasleitung begonnen, die von Nigeria durch die Sahara an die algerische Mittelmeerküste führen soll. In dem Maße, in dem die Region energiepolitisch ins Interesse der Großmächte gerät, versuchen die USA nun, sich in den traditionellen Einflussgebieten Frankreichs als dominante Macht zu etablieren. Die unter dem Namen EUFOR geführte und vom Sicherheitsrat der Vereinten Nationen mandatierte und von Frankreich geführte Mission der EU im Tschad dürfte durchaus als

französische Maßnahme gegen die Expansion US-amerikanischer Militärpräsenz in Afrika zu verstehen sein.

Diese ist nicht unerheblich: Am 7. Februar 2007 verkündete Präsident George W. Bush die Gründung des African Command (Africom). Africom schließt den weltweiten Gürtel, den die USA mit ihren regionalen Oberkommandos um die Welt außerhalb der USA gelegt haben: Northern Command (Northcom) und Southern Command (Southcom) im nördlichen und südlichen Atlantik, das neue Africom für den afrikanischen Kontinent, der bisher die einzige Lücke bildete, Central Command (Centcom)⁹ und (von Europa gesehen im Osten das Pacific Command (Pacom).

Hauptaufgabe dieses neu geschaffenen Kommandos ist (<http://www.africom.mil/oef-ts.asp> [24. April 2009]) :

- Militärischer Informationsaustausch.
- Interoperabilität von Kommunikationssystemen.
- Gemeinsame, kombinierte und multinationale Manöver zur Verstärkung der Zusammenarbeit.
- Bekämpfung extremistischer Ideologie
- Unterstützung regionaler Operationen
- Herstellung gegenseitiger militärischer Professionalität und Verlässlichkeit
- Unterstützung für Lufttransport und Logistik
- Ausbildung im Boden- und Luftkampf und Materialerhalt.
- Insbesondere sollen schnelle Eingreiftruppen ausgebildet und ausgerüstet werden, die den Fluss illegaler Waffen, von Gütern und Menschen verhindern und Terroristen an der Errichtung von Rückzugsgebieten hindern sollen.
- Africom steht unter dem Kürzel „Operation Enduring Freedom Trans Sahara (OEF-TS). Sie ist die Regionale Operation im Krieg gegen den Terrorismus.
- Offizielle Partner sind die folgenden elf afrikanischen Länder: Algerien, Burkina Faso, Libyen, Marokko, Tunesien, Tschad, Mali, Mauretaniern, Niger, Nigeria und Senegal.

⁹ Centcom war schon im Kalten Krieg die mit Abstand wichtigste regionale Kommandostruktur der USA, grenzte es doch unmittelbar an den „weichen Unterleib (NATO-Jargon) der Sowjetunion. Heute erstreckt sich seine Zuständigkeit von Ägypten, das als einzige afrikanisches Land nicht dem neu gegründeten Africom untersteht über die Levante und die arabische Halbinsel, Irak, Iran bis nach Afghanistan, Pakistan, Tadschikistan, Kirgistan und Kasachstan. (<http://www.centcom.mil/en/about-centcom/our-mission/> [24. April 2009]).

- Schließlich sollte binnen einem Jahr nach seiner Gründung der Sitz des Kommandos in eine afrikanische Hauptstadt verlegt werden. Bis heute allerdings hat sich kein afrikanischer Staat bereit gefunden, dieses Oberkommando aufzunehmen – wohl aus Furcht vor der Reaktion der jeweiligen Bevölkerung. So verbleibt Africom weiterhin am Sitz von Eucom: in Stuttgart.

5. Das „Wissen“ der Dienste und die realen Interessen.

Während die Öffentlichkeit gebannt auf die abenteuerlichen Taten von Terroristen oder Piraten blickt, liefern deren Aktivitäten die Begründung für die Militarisierung ganzer Kontinente und für die militärische Überwachung der für den Öltransport zentralen Seewege, bei der inzwischen alle großen Mächte durch die Entsendung von Kriegsschiffen ihr Mitspracherecht angemeldet haben. Die wahren Gründe für diese Varianten internationaler Kriminalität werden entweder ausgeblendet (Scawhill 2009) oder gar, wie im hier behandelten Fall, weitgehend erfunden. Keineswegs ist damit gesagt, dass es etwa in der Sahara kein Banditentum gäbe, das vom Waffen- und Drogenschmuggel lebt bzw. schon immer davon gelebt hat. Neue wachsende Einkunftsquellen sind der Menschenschmuggel, der als Folge wachsender Verarmung zehntausende Menschen von Schwarzafrika an die Küsten des Mittelmeer und des Atlantik treibt (Jöst/Ruf/Strutynski/Zollet 2009) und die zunehmenden Geiselnahmen, sei es zu Lande oder zur See. Die mediale Gewandung solcher Akte als Teile einer weltweiten terroristischen islamistischen Verschwörung trägt nicht nur zur emotionalen Aufwertung dieser Aktionen bei, sie schafft vor allem Akzeptanz für den als *ultima ratio* bezeichneten Einsatz militärischer Mittel.

Die hier exemplarisch behandelte Story erfuhr ihre politische Aufwertung, als General George F. Ward vom ultra-konservativen *American Enterprise Institute* zu einem Vortrag über die djihadistische Gefahr im Sahel eingeladen wurde. Die Thesen Wards flossen unmittelbar ein in den *Country-Report on Terrorism*, Kap. 5: Afrika des US-State-Departments (<http://www.state.gov/s/ct/rls/crt/c17689.htm>, [28. Dez. 2006]:

Die islamistische algerische GSPC wird gleich zwölf Mal erwähnt und die vorgenannte Geschichte verkürzt noch einmal erzählt. Eine Story, die vom algerischen Geheimdienst voll von Widersprüchen in die Welt gesetzt wurde (Mellah/Rivoire 2005), wird ohne Überprüfung übernommen, geglättet, schlüssig gemacht und zu „Erkenntnissen“ für die Außen- und Sicherheitspolitik transformiert. Doch es sind nicht nur die auf „Ermittlungserfolge“ angewiesenen Geheimdienste und liebedienerische und sensationslüsterne Medien, die solche „Erkenntnisse“ verbreiten: Auch „wissenschaftliche“ Arbeiten übernehmen unreflektiert und unkontrolliert die Informationen von den homepages der Dienste oder aus Interviews mit Personen, die eng mit ihnen verbunden sind. Sie „waschen“ problematisches Wissen aus obskuren Quellen und führen es – gewissermaßen objektiviert – in den wissenschaftlichen Diskurs ein (von Knop 2005), von wo es im Zitierkarussell wieder an politische Entscheider zurückgereicht werden kann. All dies geschieht und findet weitgehende öffentliche Akzeptanz, obwohl zeitgleich Kriege mit den erlogenen Behauptungen über die Massenvernichtungswaffen des Irak oder das „Massaker“ von Racak (Loquai 2000, S. 45 – 51) begründet worden sind.

Im Wirklichkeit dient die afrikanische Front im „Krieg gegen den Terror“ dazu, durch eine US-amerikanische Militärpräsenz die Energiezufuhr in die USA zu sichern und zugleich die Kontrolle über jene Ressourcen sicherzustellen, deren ihre ökonomischen Konkurrenten in Europa, Indien und China ebenfalls bedürfen. So passt es in diese Strategie, wenn der Sprecher des Pentagon, Joe Carpenter, erklärt: „die Aktionen des Eurokorps haben ihre Grenzen gezeigt in ihren Unternehmungen in den subsaharischen Gebieten, wo die islamistischen Gruppen ihre Stützpunkte eingerichtet haben.“ (Le Jeune Indépendant 23. Dez. 2006 unter Verweis auf einen Bericht des Boston Globe). Also müssen hier die USA handeln, denn es wird davon ausgegangen, dass im Jahr 2015 rd. 25% der Kohlenwasserstoffexporte aus dieser Region in die USA gehen werden. Die Bemühungen der Europäer, ihre Gaszufuhr zu diversifizieren, die angesichts der Konflikte um die Ukraine und im Kaukasus als zwingend notwendig propagiert wird, verschärft die Konkurrenz zwischen den industriellen Blöcken, auch und gerade in den Produktionszonen der Energieträger.

In diesem Wettlauf bedarf es verlässlicher Regime vor Ort, und Algier präsentiert sich hier sowohl den USA wie auch den Mitgliedstaaten der EU als zuverlässiger Partner,

der aufgrund seiner geografischen Lage, seiner militärischen Kompetenz, seiner politischen Verlässlichkeit und seines erbarmungslosen Kampfes gegen den Terrorismus die notwendigen Voraussetzungen zu bieten scheint. Gegenüber solchen „realpolitischen“ Tatsachen spielen weder Menschenrechte und Demokratie eine Rolle, noch kommt es darauf an, dass die den politischen Entscheidungen zugrunde liegenden Informationen stichhaltig sind. Wichtiger ist, dass sie ein gewünschtes Lagebild untermalen, das eine zuvor beschlossene Politik zu legitimieren vermag, ohne dass diese ihre wirklichen imperialen Interessen benennen muss.

Die hier angerissenen ordnungspolitischen (i. e. politisch-ökonomischen) Vorstellungen der USA reimen sich auf die Pläne, nach dem Krieg gegen den Irak ihre in und um Europa stationierten Truppen umzugruppieren und zur Sicherung der Ölfelder im Rahmen der geplanten „Restrukturierung des Mittleren Ostens“ weiter „nach vorn“ zu verlegen, und dem „Greater Middle East“ eine Definition zugrunde zu legen, die sich für die Vordenker konservativer US-Außenpolitik Asmus/Pollack (2002) schon vor dem Irak-Krieg von Nordafrika bis Pakistan erstreckte. Allerdings muss solche Politik auf den Widerstand der übrigen großen Mächte stoßen, die im Rahmen der sich herausbildenden multipolaren Ordnung ihre eigene Energiesicherungspolitik vorantreiben. Hinter der Nebelwand der Bekämpfung des (vorwiegend islamischen) Terrorismus und anderer Formen der internationalen Kriminalität geht es handfest um die Sicherung der Ölquellen, der Pipelines und der Transportwege.

Literatur

Aggoun, Lounis/Rivoire, Jean-Baptiste 2004: Françalgérie. Crimes et mensonges d'États, La Découverte, Paris, 665 S.

Amnesty International (jährlich): annual report, London.

Amnesty International 1995: ai-Index MDE, London, 28. Februar.

Amnesty International 2005: Index AI : MDE 28/005/2005.

Altwater, Elmar 2006: Das Ende des Kapitalismus, wie wir ihn kennen. Westfälisches Dampfboot, Münster (2. Auflage), 240 S.

Asmus, Ronald D./Pollack, Kenneth M.: 2002, Transformation des Mittleren Ostens. Das neue transatlantische Projekt. Blätter für deutsche und internationale Politik Nr. 12, S. 1457 – 1466.

Berndt, Michael/El Masry, Ingrid (Hrsg.) 2003: Konflikt, Entwicklung, Frieden. Emanzipatorische Perspektiven in einer zerrissenen Welt. Festschrift für Werner Ruf, Junior, Kassel, 432 S.

Bundesministerium der Verteidigung 2006: Weißbuch 2006 zur Sicherheitspolitik Deutschlands und zur Zukunft der Bundeswehr, Berlin, Online-Fassung, 149 S.

Comité Algérien des Militants Libres de la Dignité Humaine et des Droits de l'Homme 1995: Livre blanc sur la Répression en Algérie (1991-1994), Hoggar Print S.A., Plan-les-Ouates, Schweiz.

Congress Research Service 2005: Africa: U.S. Foreign Assistance Issues, May 10. Order Code IB95052.

European Union Institute for Security Studies 2003: European Security Strategy, Paris, 21 S.

Faath, Sigrid 1992: Keine Demokratie für die Feinde der Demokratie? Blätter für deutsche und internationale Politik, Heft 3, S. 281 – 289.

Hasel, Thomas 2002: Machkonflikt in Algerien, Schiller, Berlin, 284 S.

International Institute for Strategic Studies 2007: Strategic Comments vol. 13., Nr. 03, April 2007: An OPEC for Gas?

Jöst, Lena/Ruf, Werner/Strutynski, Peter/Zollet, Nadine 2009: Krisenlösung durch Intervention? Dossier Nr. 60, Wissenschaft und Frieden Nr. 1, 23 S.

Keenan, Jeremy 2005: Waging War on Terror: the Implications of America's 'New Imperialism' for Saharan Peoples. Journal of North African Studies Nr. 3 – 4, S. 619 – 647.

Keenan, Jeremy 2006: the Collapse of the Second Front. Foreign Policy in Focus, <http://www.fpif.org/fpiftxt/3544> 26. Sept. 2006, Abgerufen, 27. Dez. 2006.

Khatchadourian, Raffi 2006 : Pursuing Terrorists in the Great Desert. The U.S. Military's \$ 500 Million Gamble to Prevent the Nes Afghanistan. The Village Voice, 31. Januar.

Labat, Séverine 1995: Les Islamistes Algériens, Seuil, Paris 347 S.

Loquai, Heinz 2000: Der Kosovo-Konflikt – Wege in einen vermeidbaren Krieg. Nomos, Baden-Baden.

Martinez, Luís 2009 : Maghreb : Vancre la peur de la démocratie, ISS, Paris.

Mellah, Salima 2003a: GIA: 10 Jahre im Dienste der algerischen Sécurité Militaire?
In: INAMO Nr. 34, S. 53 – 54.

Mellah, Salima 2003b: Algerien 11 Jahre nach dem Putsch; in: Berndt, Michael/El Masry, Ingrid (Hrsg.) 2003: Konflikt, Entwicklung, Frieden. Emanzipatorische Perspektiven in einer zerrissenen Welt. Festschrift für Werner Ruf, Kassel 2003, S. 31 – 43.

Mellah, Salima 2006: eine Lüge namens "Versöhnung". INAMO Nr. 48, S. 31 – 32.

Mellah, Salima/Rivoire, Jean-Baptiste 2005: El Para, the Maghrebs Bin Laden, Le Monde Diplomatique, English Edition, Februar.

Mellah, Salima/Ruf, Werner 2003: Entführungen in der Sahara: Fragen und Hypothesen. Algeria-Watch, http://www.algeria-watch.org/de/artikel/touristen/mellah_ruf.htm [10. Dez. 2007]

Noelle, Elisabeth/Petersen, Thomas 2006: Eine fremde bedrohliche Welt. Die Einstellungen der Deutschen zum Islam. Frankfurter Allgemeine Zeitung, 17. Mai, S. 5.

Ouaissa, Rachid 2005: Staatsklasse als Entscheidungsakteur in den Ländern der Dritten Welt. Struktur, Entwicklung und Aufbau der Staatsklasse am Beispiel Algerien. Lit, Münster:, 236 S.

PNAC (Project for a New American Century 2000): Rebuilding America's Defenses. Strategy, Forces and Resources for a New Century. <http://www.newamericancentury.org/RebuildingAmericasDefenses.pdf>. [24. März 2008].

Powell, Stewart M. 2004: Swamp of terror in the Sahara. Air Force Magazine vo. 87, Nr. 11, <http://www.afa.org/magazine/nov2004/1104sahara.html> [27. Dez. 2006).

République Algérienne Démocratique et Populaire 2006: Ordonnance n° 06-01, 27. Febr., portant mise en œuvre de la Charte pour la paix et la réconciliation nationale. Journal Officiel du 28 février, Algier. http://www.algeria-watch.org/fr/article/just/ordonnance_charte.htm [24. April 2009]

Romain, Bertrand 2006: Mémoires d'empire. La controverse autour du ‚fait colonial‘, Paris, éd. Du Croquant, 221 S.

Rouadjia, Ahmed 1994: Grandeur et décadence de l'Etat algérien, Karthala, Paris, 406 S.

Rühl, Bettina 2006: Hinter Timbuktu. Eine Spurensuche nach Al Quaida. Rundfunk-Feature. SWR 7. Juni 2006, WDR 11. und 12. Juni.

Ruf, Werner 1994: Die neue Welt-UN-Ordnung. Vom Umgang des Sicherheitsrates mit der Souveränität der ‚Dritten Welt‘. Münster, agenda, 239 S.

Ruf, Werner 1997: Die algerische Tragödie. Vom Zerschlagen des Staates einer zerrissenen Gesellschaft, Münster, agenda, 171 S.

Ruf, Werner 1998a: Demokratie in der arabischen Welt - Ein Widerspruch in sich selbst? In: Entwicklung und Zusammenarbeit Nr. 9, S. 228 – 231.

Ruf, Werner 1998b: Algerien zwischen westlicher Demokratie und Fundamentalismus? Aus Politik und Zeitgeschichte, B 21/98, 15. Mai 1998, S. 27 - 38.

Ruf, Werner 2006: Barbarisierung der Anderen – Barbarisierung des Wir. UTOPIEKreativ Nr. 135, S. 2222- 228.

Ruf, Werner (im Druck). Justice et Mémoire. In : Meynier, Gilbert (Hrsg.) : Actes du Colloque « Pour und histoire critique et citoyenne. Le cas de l'histoire franco-algérienne, Lyon). 2006: Mémoire et Justice: Continuités de l'antagonisme entre État et peuple en Algérie.

Samraoui, Mohamed 2003: Chronique des Années de Sang, Paris, Denoel, 318 S.

Scawhill, Jeremy 2009: 'Pirates' Strike a U.S. Ship Owned by a Pentagon Contractor, But Is the Media Telling the Whole Story? 8. April.
http://www.alternet.org/audits/135716/%27pirates%27_strike_a_u.s._ship_owned_by_a_pentagon_contractor%2C_but_is_the_media_telling_the_whole_story/?page=entire [24-04-09].

Souaidia, Habib 2001 : La sale guerre. Paris, La Découverte, 204 S.

Schmitt, Thomas 2006: Spekulieren auf die Zeit ohne Öl. *Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung*, 20. Dez. S. 58.

Transparency International: Jahresberichte.

The Library of Congress 2002: Report for Congress, Order Cod RL31152, updated July 11.

Von Knop, Katharina 2005: Die Verwundbarkeit der westlichen Staaten gegenüber dem globalen Salafi Jihad. In: Österreichisches Studienzentrum für Frieden und Konfliktlösung (Hrsg.): Der Krieg der Arment? Der internationale Terrorismus in der Neuen Weltordnung, agenda, Münster, S. 27 – 43.

Yous, Nesroullah 2000 : Qu a tué à Bentalha ? Paris, La Découverte, 312 S.

Zumach, Andreas 2005: Die kommenden Kriege. Kiepenheuer & Witsch, Köln 2005, 223 S.

Tageszeitungen.

El Watan, Algier

El Khabar, Algier

La Tribune, Algier

L'Expression, Algier

Le Jeune Indépendant, Algier

Le Monde, Paris

Le Quotidien d'Oran, Oran

Libération, Paris

New York Times, New York

Sonstige Periodika

Middle East Economic Digest (MEED), wöchentlich.